

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Neue Vereinbarung über Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Regierung und der Stiftung Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED) in Vaduz

Nach der Neufassung des Gesetzes über die Förderung der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe, das anfangs 1985 in Kraft trat, ist nun auch die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Stiftung Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED) auf dem Gebiete der Hilfeleistung bei Entwicklungsprojekten und Katastrophenfällen in einer Vereinbarung neu geregelt worden. Die Unterzeichnung der Vereinbarung durch Regierungschef Hans Brunhart und den Präsidenten der Stiftung Liechtensteiner Entwicklungsdienst, Edwin Kindle, fand am Dienstag abend in Vaduz statt.



Regierungschef Hans Brunhart und der Präsident der Stiftung Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED), Edwin Kindle, nach der Unterzeichnung der neuen Vereinbarung über die Entwicklungs- und Katastrophenhilfe im Regierungsgebäude.

Aufgrund des umfangreichen Berichtes «Der liechtensteinische Entwicklungsdienst in den Achtzigerjahren», den eine Arbeitsgruppe erstellt hatte, unterbreitete die Regierung dem Landtag im Sommer 1984 einen Gesetzesentwurf über die «Förderung der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe». Die Regierung stellte den Antrag, für den seit rund zwanzig Jahren bestehenden Entwicklungsdienst eine selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts anstelle der bisherigen privatrechtlichen Stiftung zu schaffen. Der Landtag konnte sich jedoch mit dieser Neuordnung nicht anfreunden, worauf die Regierung damals ihren Gesetzesentwurf zurückzog und einen neuen Vorschlag unterbreitete. FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann erachtete während der Eintretensdebatte im Landtag die Vorlage in der vorliegenden Form als zu eng sowie als nicht unbedingt notwendig.

### Finanzielle Beiträge des Landes

Unumstritten waren dagegen die Grundsätze der liechtensteinischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe, die im Grundlagenbericht formuliert worden waren: Entwicklungshilfe soll Hilfe zur Selbsthilfe sein und auf die Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse ausgerichtet werden. Die Mittel sollten in den ärmsten Entwicklungsländern eingesetzt und dort in den meisten benachteiligten Gebieten zum Einsatz kommen. Ausserdem sollte grundsätzlich vom Prinzip ausgegangen werden, dass die zur Verfügung stehenden Mittel direkt in den Entwick-

lungsgebieten zum Einsatz gelangen, was jedoch finanzielle Beiträge an internationale Organisationen nicht ausschliesst.

Nach dem Rahmengesetz, dem der Landtag schliesslich Ende 1984 zustimmte, stammen die finanziellen Mittel aus staatlichen Beiträgen, die sowohl an liechtensteinische und ausländische Organisationen wie auch an Missionsgesellschaften ausgerichtet werden können.

### Vereinbarung Regierung-LED

Nach der nun zwischen der Regierung und dem LED unterzeichneten Vereinbarung fällt die Begutachtung von Entwick-

lungsprojekten und die Überwachung der geförderten Projekte in die Zuständigkeit des Entwicklungsdienstes.

Die Ausbildung, Aussendung und Betreuung von Entwicklungshelfern, die Beratung der Regierung in Fragen der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe sowie die Koordination mit den privaten humanitären Organisationen im Lande sind weitere Schwerpunkte der Tätigkeit der Stiftung Liechtensteiner Entwicklungsdienst.

In der Vereinbarung sind im weiteren die Finanzierung und die Finanzkompetenz des Stiftungsrates festgelegt. Danach

stellt die Regierung der Stiftung Liechtensteiner Entwicklungsdienst die Mittel für die laufenden Ausgaben (Entschädigung, Versicherung, Ausbildung und Ausrüstung der Entwicklungshelfer, Beiträge an die Missionare und Verwaltungskosten) zur Verfügung. Der Stiftungsrat kann über die von der Regierung gewährten Kredite im Rahmen der Verpflichtung zur zweckentsprechenden Verwendung frei verfügen.

Über die Verwendung der Mittel im Rahmen der projektgebundenen Hilfe entscheidet grundsätzlich die Regierung auf Antrag des Stiftungsrates. Über Projekte mit Kosten bis zu 10000 Franken entscheidet der Stiftungsrat in eigener Kompetenz. Projekte, deren Realisierung sich über mehrere Jahre erstreckt, unterstehen in bezug auf den Gesamtkredit der Genehmigung durch die Regierung. Hingegen entscheidet der Stiftungsrat über die Auszahlung der bewilligten Mittel. Der Stiftungsrat gibt der Regierung jährlich in einem Bericht Rechenschaft über seine Tätigkeit.

### Erhöhung des staatlichen Beitrages

Für das laufende Jahr steht dem Entwicklungsdienst für die Realisierung seiner Projekte mehr Geld zur Verfügung. Der Landtag setzte den staatlichen Beitrag an die Entwicklungshilfe auf Antrag des FBP-Abgeordneten Johann Kindle auf 2.5 Millionen Franken fest, nachdem die Regierung 2 Millionen Franken vorgeschlagen hatte. Trotz dieser Anhebung des Staatsbeitrages ist jedoch das im Bericht «Der liechtensteinische Entwicklungsdienst in den Achtzigerjahren» enthaltene Ziel, jährlich 1 Prozent der Staatsausgaben für die Entwicklungshilfe einzusetzen, noch nicht erreicht. (G.M.)

## Gut ein Drittel Kat-Fahrzeuge

Im Dezember 1986 wurden in unserem Land 118 (100) neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert. Von den 101 (83) Personenwagen erfüllten dabei 66 (19) Fahrzeuge oder 65,3 (22,9) Prozent die US-Norm 83.

Wie aus der neuesten Statistik des Volkswirtschaftsamtes hervorgeht, wurden von Januar bis Dezember 1986 insgesamt 2435 (2251) neue Fahrzeuge in Verkehr gesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies 8,2 Prozent mehr.

Von den 1927 (1747) neu immatrikulierten Personenwagen erfüllten 743 (133) oder 38,6 Prozent (7,6 Prozent) die Abgasnorm nach den US-Vorschriften von 1983.

## Wien: Schwierigkeiten für Grosse Koalition

Wien (AP) Die Verteilung der Ministerposten in einer künftigen österreichischen Koalitionsregierung aus Sozialisten (SPÖ) und Volkspartei (ÖVP) bereite mehr Schwierigkeiten als erwartet und führe am Mittwoch zu weiteren Verzögerungen auf dem Weg zur Regierungsbildung. SPÖ-Verhandlungsführer, Bundeskanzler Franz Vranitzky, zeigte sich zwar optimistisch, doch sprachen ÖVP-Verhandlungsmitglieder von einer schwierigen Phase.

Aus Verhandlungskreisen verlautete, dass besonders die Besetzung des Auswärtigen und des Justizressorts Schwierigkeiten bereite. ÖVP-Parteichef Alois Mock gilt als Anwärter für das Auswärtige, doch will die SPÖ das «klassische» SPÖ-Ressort nicht aufgeben. Als Kandidat für das Justizministerium gilt ÖVP-Generalsekretär Michael Graff. Die SPÖ sperrt sich dem Vernehmen nach dagegen, da sie unter Graff eine «Politisierung» der Justiz befürchtet, die angesichts der anstehenden politischen Justizfälle — wie die Affäre um den ehemaligen SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch — für viel Wirbel sorgen könnte.

## DDR: Explosion in Kohlekraftwerk

Berlin (AP) Aus ungeklärter Ursache ist am Mittwoch vormittag im DDR-Braunkohlenkraftwerk Boxberg der Maschinenraum des Block 13 explodiert. Das Feuer konnte nach Angaben der Regierungsamtlichen Nachrichtenagentur ADN bis zum Nachmittag noch nicht unter Kontrolle gebracht werden. Mindestens zehn Mitarbeiter des Kraftwerkes wurden den Angaben zufolge verletzt.

Durch den Unfall gingen der Stromversorgung der DDR nach eigenen Angaben 1000 Megawatt verloren.

## Vaduz: Wiedererstarke FBP ist optimistisch

Heute abend Begegnung mit den Kandidaten im Restaurant Falknis - Saalöffnung um 19.30 Uhr

Heute Donnerstag abend findet im Hotel-Restaurant Falknis ein Informations- und Diskussionsabend statt, der entscheidende Weichenstellungen für die politische Zukunft von Vaduz bringen kann. Im Rahmen einer Ortsgruppenversammlung stellen sich die Kandidaten der FBP für die Gemeindevahlen vor. Die Veranstaltung beginnt um 20 Uhr. Jedermann ist zur Teilnahme eingeladen.

Als Sitz der Landesbehörden, als Verwaltungszentrum des Landes, als Hochburg für den Dienstleistungssektor stellen sich für Vaduz die politischen Aufgaben in mancher Hinsicht differenzierter dar als in anderen Gemeinden.

### Interessante Ausgangslage

Zum Urnengang vom 23./25. Januar treten in Vaduz drei Gruppierungen zur Wahl an: die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) und die Vaterländische Union (VU) mit je einer kompletten Liste sowie eine Überparteiliche Wählergruppe mit drei Kandidaten. Von den zwölf Kandidaten auf den Listen der FBP und der VU sind je zwei Frauen. Die dritte Liste begnügt sich mit der Nomination von drei männlichen Kandidaten.

### Bürgermeister Arthur Konrad ohne Gegenkandidat!

Obwohl die VU in ihrer Ortsgruppenversammlung vom 5. Januar noch die Kandidatur eines eigenen Kandidaten für das Bürgermeisteramt in Aussicht stellte, ist die dazu offene Frist am vergangenen Montag abgenutzt abgelaufen. Die Wiederwahl des bisherigen Bürgermeisters und FBP-Kandidaten Arthur Konrad steht damit ausser Frage.

Dass Arthur Konrad ohne Gegenkandidat in die Bürgermeisterwahl gehen wird, ist ein Vertrauensvorschuss, den sich der Vaduzer Bürgermeister und Vorsitzende der Vorsteherkonferenz im Lau-

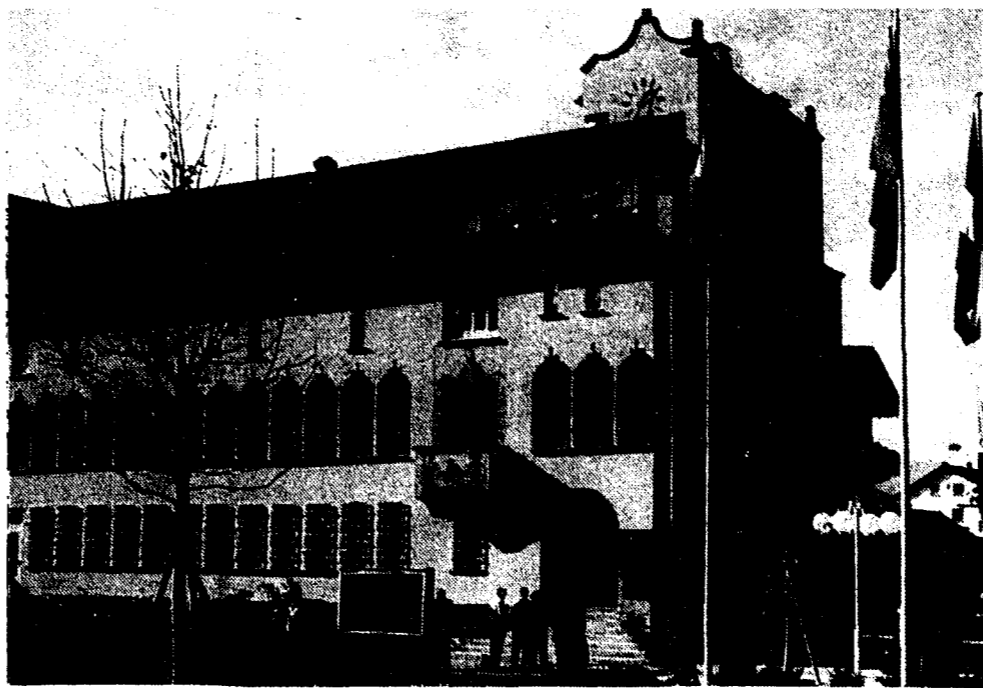
fe der letzten Jahre durch seine Konsenspolitik und durch seine erwiesene Bereitschaft zur sachlichen Zusammenarbeit mit allen Gruppierungen erworben hat.

### Kontrolliertes Wachstum

Nach den Jahren der stürmischen Aufwärtsentwicklung will die FBP in Vaduz die kommende Legislaturperiode vor allem als Konsolidierungsphase nutzen. In ihrem Arbeitsprogramm, das im VOLKSBLATT vom 12. Januar in grossen Zügen bereits veröffentlicht wurde, stehen die Weiterführung der vielfältigen Umweltschutzbemühungen, die weitere Steigerung der Lebensqualität und die Fortsetzung der Unterstützung aller Bemühungen zur Förderung des Gemeinsinnes im Mittelpunkt.

Die Kandidatenliste zeigt, dass die FBP in Vaduz wieder erstarbt ist und das Tief bei den Landtagswahlen 1986 überwunden hat. Es ist der FBP in Vaduz gelungen, eine Reihe neuer Kräfte zu mobilisieren. Die Mitglieder der Kandidatenmannschaft stellen sich heute Donnerstag abend im Rahmen der Ortsgruppenversammlung persönlich vor und stehen für eine engagierte Diskussion mit allen interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern zur Verfügung.

Die FBP freut sich, wenn möglichst viele Frauen und Männer aus unserer Gemeinde an der heutigen Abendveranstaltung teilnehmen. Der Saal im Restaurant Falknis ist bereits ab 19.30 Uhr geöffnet. Die eigentliche Versammlung beginnt um 20 Uhr.



Drei politische Gruppierungen kandidieren um Sitze im zwölfköpfigen Gemeinderat. Von den insgesamt 27 Kandidaten sind vier Frauen. Bürgermeister Arthur Konrad geht ohne Gegenkandidat in die Wahl. Heute stellt die FBP im Vaduzer Rathaus (einschliesslich Bürgermeister) eine knappe Mehrheit von 7:6 Mandaten. Erklärtes Wahlziel der FBP ist es, ihre Position am 23./25. Januar wieder zu verstärken. Die Chancen stehen gut!

## BRD erwartet 1987 2,5 Prozent Wachstum

Bonn (AP) Die Deutsche Bundesregierung erwartet auch in diesem Jahr ein anhaltendes Wirtschaftswachstum und weiter zunehmende Beschäftigung. Im Jahreswirtschaftsbericht 1987, den das Kabinett am Mittwoch in Bonn verabschiedete, geht die Bundesregierung davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt, der Gesamtwert aller erzeugten Produkte und Dienstleistungen, real um «2,5 Prozent oder mehr» steigt und damit die Wachstumsrate des Vorjahres erreicht.

Die Inlandsnachfrage wird nach dieser Projektion mit einem Plus von 4,5 bis 5,5 (tatsächliche Entwicklung des Vorjahres 3,9) Prozent die Hauptstütze der Konjunktur bleiben. Die Arbeitslosenzahl wird durchschnittlich bei 2,15 Millionen liegen. Die Beschäftigtenzahl wird sich demnach um ein Prozent auf 26 Millionen erhöhen.

**Einzige Platin-Münze der Welt**  
1 Noble 1 Unze Noble 1 Unze

**Platin-Garnitur im «Partner-Look»**

elgene Kreation

**DIAMANT-HAUS**  
Vaduz, Herrngasse 27, Tel. 075/2 90 90  
(Telefondienst rund um die Uhr)

**Wilkhahn**

**THÖNY** office

9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16